„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 16. Januar 1924 | 12 Seiten | Nummer 10

Kommt Erleichterung für den Westen?

Premier Dunning als Vertreter der westlichen Interessen in Ottawa

Neuorientierung der Dominionpolitik.

Die meisten Zeitungsleser erwarten von den armen Presseleuten, daß diese sogar das Gras wachsen hören, das heißt, daß sie kommende Entwicklungen voraussehen und schon frühzeitig die werten Leser davon in Kenntnis setzen sollen. Schön und gut! Aber was sich die englischen Journalisten in den letzten zwei Wochen an Vermutungen und Prophezeiungen über die neuen Männer in Ottawa und die zukünftige Dominionpolitik geleistet haben, geht auf keine Kuhhaut. Sie haben sich beinahe die Finger wund geschrieben, haben diese und jene politische Größe „interviewt" (auf gut Deutsch ausgefragt), sind dabei da und dort abgeblitzt, haben aber doch schon die Photographien der „neuen Minister", die noch gar nicht bekannt waren, abgedruckt. Fürwahr, die englische Presse hat keinen Grund, über ständig schwindendes Vertrauen ihrer Leser zu klagen. Denn das, was die englische Presse produziert, ist kein gesunder Journalismus mehr. So macht man nicht Politik, so richtet man nur unnötige Verwirrung an.

Was war die Ursache dieser hochgradigen Nervosität? Premier King in Ottawa hat Premier Dunning von Saskatchewan sowie den ehemaligen progressiven Führer und jetzigen Präsidenten der Grain Growers Crerar zu sich gebeten und mit den beiden einflußreichen Männern des canadischen Westens die gesamte politische Lage eingehend besprochen, ein Vorgang, der an und für sich jeder besonderen Sensation entbehrt. Denn es ist bei den von uns schon mehrfach angedeuteten Schwierigkeiten der Dominionregierung nur natürlich und begreiflich, daß diese die Auffassungen des Westens, dessen politische Bedeutung in stetem Wachsen begriffen ist, kennenzulernen sucht. Dabei konnte es sich nicht nur um die Personalfragen, hinsichtlich des Aufbaues des jetzigen Rumpfkabinetts, handeln, sondern es mußten vor allem tiefeinschneidende wirtschaftliche Fragen geklärt werden. Diese letzteren verursachen infolge der Notlage des Farmerstandes und anderer Geschäftszweige die meiste Beunruhigung und geben den Männern, die das Vertrauen des Volkes auf verantwortliche Stellen berufen hat, Anlaß zu ernstesten Sorgen. Wir sind überzeugt, daß Premier Dunning von Saskatchewan in Ottawa sein Bestes getan hat, um die wirtschaftlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten des canadischen Westens der Dominionregierung klarzumachen, und daß er nachdrückliche Forderungen zur Beseitigung der Wirtschaftskrisis erhoben hat. Premier King stimmte auch im Wesentlichen mit diesen Forderungen und mit denen des Hon. T. A. Crerar überein, der Ersparungsmaßnahmen, bilanziertes Budget, Finanzreform, Erleichterung der Einwanderung, eine Vertretung in Washington, Schutz der Bankdepositoren, Regierungskontrolle der Banken, Verbesserung des Wahlsystems usw. verlangte. Die Tarif- und Zollfrage hat selbstverständlich auch die konferierenden Männer beschäftigt. Es ist schon die Rede davon, daß man an eine Ermäßigung der Tarifabgaben für Werkzeuge allen Ernstes herangehen wolle. Damit auch die viel erörterte Hudson Bay-Bahn nicht in den Besprechungen fehle, haben die vereinigten Boards of Trade von Nordost-Saskatchewan sich telegraphisch an Hon. T. A. Crerar gewandt mit dem Ersuchen, auf die sofortige Fertigstellung der Hudson Bay-Bahn zu dringen, wenn nötig, sogar unter Zugeständnissen in der Tarif-Frage.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden die Beratungen in Ottawa sichtbare Früchte auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete zeitigen und wohl auch einer Annäherung von Progressiven und Liberalen förderlich sein. Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen den beiden Parteien oder, besser gesagt, zwischen Premier King und Crerar, in Personalfragen, ob diese oder jene Männer auf die leeren Ministerstühle berufen werden sollen. Crerar verspürt wohl selbst wenig Lust, in das Kabinett in Ottawa einzutreten, empfiehlt dagegen Hon. A. B. Hudson von Süd-Winnipeg als Ministerkandidaten. Die Herren Progressiven sind im Fordern niemals bescheiden, ja es scheint, als ob sie ihren schwindenden Einfluß im Lande dadurch verdecken wollten. Nach einigen Spiegelfechtereien können aber bei beiderseitigem guten Willen auch Hindernisse in Personalangelegenheiten aus dem Wege geräumt werden.

In Berlin 960,000 Notleidende

Berlin, 14. Jan. — Die folgenden Ziffern geben mehr als viele Worte die furchtbare Notlage des deutschen Volkes wieder. In Berlin sind 960,000 Personen, also ein Viertel der Einwohnerschaft, unterstützungsbedürftig. In diese Zahl sind u. a. eingerechnet 350,000 Arbeitslose, 130,000 Angehörige von Arbeitslosen, 225,000 Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Gefallenen, 60,000 Sozialrentner, 40,000 Angehörige von Sozialrentnern, 62,000 Personen, die Armenunterstützung beziehen, 13,700 Kleinrentner, 14,000 Altenheimbewohner und 8000 Obdachlose.

Unter welch furchtbaren Verhältnissen die weitesten Kreise, besonders die Mittelstandsschichten des deutschen Volkes leben, geht auch daraus hervor, daß in den Freiküchen besondere Tische für Aerzte eingerichtet werden sollen.

Die Lage hat sich durch den Frost, der in ganz Deutschland eingesetzt hat, noch verschlimmert, da nur die wenigsten Familien über so viele Kohlen verfügen, um ein Zimmer wärmen zu können. Aus diesem Grunde drängen sich die Menschen zu den neu eingerichteten Schlaf- und Wärmehallen.

Ebert fordert engen Zusammenschluß.

Berlin, 14. Jan. — Reichspräsident Ebert hat auf eine an ihn gerichtete Denkschrift, welche die Unterschrift einer großen Zahl hervorragender Mitglieder der verschiedenen politischen Parteien Bayerns trägt und in der auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, daß sich alle Deutschen um die Reichsregierung zu scharen haben, geantwortet, er sei fest davon überzeugt, daß eine Wiederaufrichtung Deutschlands nur möglich sei, wenn sich die Deutschen in allen wichtigen Fragen enger zusammenschließen, als dieses seither der Fall gewesen sei.

Letzte Wirtschaftsmeldungen

Die Preisentwicklung gestaltete sich nach Mitteilung der Saskatchewan Cooperative Elevator Co. Ltd. folgendermaßen:

Winnipeg: Weizen (Mai) bei Beginn 102⅝, bei Schluß 102⅛; (Juli) bei Beginn 104, bei Schluß 103½. — Hafer (Mai) bei Beginn 43⅛, bei Schluß 43; (Juli) bei Beginn 43¾, bei Schluß 43¾. — Gerste (Mai) bei Beginn 63½, bei Schluß 63¼; (Juli) 61⅜, bei Schluß 61⅛.

Chicago: Weizen (Mai) bei Beginn 109⅜, bei Schluß 108⅜; (Juli) bei Beginn 107½, bei Schluß 106⅞.

Die zukünftigen Märkte waren in Winnipeg gegen Ende recht schwach, in Chicago fester.

Der Viehmarkt in Winnipeg ist schwächer.

Zunahme von Canadas Staatsschuld

Ottawa, 13. Jan. — Die Nettoschuld Canadas betrug am 31. Dez. 1923 $2,415,538,100, was eine Zunahme von $3,041,949 gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Während des Dezembers allein belief sich die Schulderhöhung auf $896,676. Die Einnahmen der Dominion waren im Dezember um $8,136,668 höher als im Dezember $1922.

Die Rheinpfalz als Zankapfel

Neuer Differenzpunkt zwischen England und Frankreich

Ermordung von Landesverrätern.

Speyer, 14. Jan. — Der Separatistenführer Heintz, der Präsident der selbständigen Rheinpfalzregierung von Frankreichs Gnaden, wurde erwordet. Außer ihm fielen noch die Separatisten Beorbis, Weigand, Weigl und Fußheller der Wut der reichstreuen Bevölkerung zum Opfer.

Der Ueberfall auf das Hotel Wittelsbacher Hof, wo Präsident Heintz erschossen wurde, wurde von fünf maskierten Männern ausgeführt, die den Gästen im Speisesaal befahlen, die Hände hoch zu halten und mit den Worten: „Ihr braucht Euch nicht zu fürchten, wir haben es nur auf die Separatisten abgesehen," nach dem Tische zu schießen begannen, wo Heintz mit einigen seiner Führer speiste. Jemand drehte die Lichter ab, und der Kampf wurde auf der Straße fortgesetzt.

Heintz war ein gefährlicher Charakter. Schon als Minister-Präsident reizte er die Bauern auf, die Annahme von Papiergeld für ihre Lieferungen zu verweigern. Ein Steckbrief wegen Hochverrats war am Mittwoch erlassen. Achtzehn weitere Anklagen wurden gegen ihn auch in Würzburg erhoben. Unter dem neuen bayrischen Gesetz ist auf Hochverrat die Todesstrafe festgesetzt, und die loyalen Bürger betrachteten Heintz deshalb seither als vogelfrei.

Berlin, 14. Januar. — Die Sonderbündler der Rheinpfalz drohen mit Rache für den Tod ihres Präsidenten und fünf seiner Führer und die Sachlage ist so ernst, daß das Reichs-Kabinett sich mit der Frage der Entsendung von Truppen befaßte. Nach Berichten aus Koblenz, Speyer und anderen Gegenden reizen die Separatisten ihre Anhänger zum Morden und Brennen auf und ein neuer Putsch soll vorbereitet worden sein.

Paris, 14. Jan. — Die Delegaten der interalliierten Rheinland-Kommission werden sich nach Speyer begeben, um an Ort und Stelle die Tätigkeit der Anti-Separatisten zu untersuchen, die die Ermordung von Präsident Heintz zur Folge hatte. Verhaftungen von deutschen Geiseln wurden vorgenommen.

Wie hier berichtet wurde, stimmt die britische Regierung der Untersuchung bei, nachdem diesbezüglich eine Konferenz zwischen M. De Pereti de la Rocca, dem Direktor für öffentliche Angelegenheiten, und Sir Eric Phipps, dem britischen Geschäftsträger stattgefunden hat. Diese Konferenz bezog sich auf die von deutscher Seite erhobene Anklage gegen Frankreich, daß es die Rheinpfalz wie überhaupt das linke Rheinufer von Deutschland losreißen und unter dem Deckmantel einer „selbständigen" Republik an Frankreich angliedern wolle. Großbritannien widersetzt sich den französischen Annektionsgelüsten.

In offiziellen Kreisen wurde erklärt, daß der französische Standpunkt unverändert bleibe. Die Pariser Regierung erhebt keinen Widerspruch gegen einen Besuch des Münchener britischen Consuls in der Rheinpfalz, aber sie verlangt, daß ein Franzose (als Aufsichtsorgan) an der Untersuchung in der Pfalz teilnehme.

Die „Ruhrsieger" ziehen sich zurück.

Die französischen Truppen räumten Bochum und Wattenscheid am nördlichen Ende des Ruhrdistriktes und hinterließen dort nur Gendarmen.

In Düsseldorf wurde ein General-Streik ausgerufen, wodurch alle Industrien stille stehen.

In Krefeld haben die Syndikalisten einen Streik der Textilarbeiter erzwungen. In der Kaligegend bei Neuhof griffen Radikale die Angestellten des technischen Departements an, entwaffneten die lokale Polizei. Die Reichswehr mußte ausrücken, um die Ordnung wieder herzustellen.

30,000 deutsche Einwanderer erwünscht

Die Handelskammern von Regina u. Saskatoon weisen den Protest von St. Catharines zurück

Gründliche Abfuhr der Deutschenfeinde

Die Handelskammer (Board of Trade) von Regina befaßte sich mit dem kürzlich veröffentlichten Protest der Handelskammer von St. Catharines in Ontario gegen eine Einwanderung von Deutschen, die als eine „unverdauliche Masse von teutonischer Kultur" bezeichnet wurden. Wie recht wir mit unserer scharfen Zurückweisung dieser beleidigenden Aeußerung in der letzten Courierausgabe hatten, geht auch aus der Stellungnahme der Handelskammer von Regina hervor.

Der Präsident C. J. Watson sagte: „Die Ansiedler deutscher Abstammung sind die besten, die wir in Saskatchewan haben und ich würde in diesem Jahr lieber 10,000 als 3000 kommen sehen."

W. M. Van Valkenburg erzählte, er habe mit einem „Oldtimer" die Frage besprochen; dieser erklärte ihm: „Schickt uns 30,000 Deutsche statt 3000!"

Das war auch die allgemeine Auffassung der Versammlung.

Hans Schumacher machte ungefähr folgende Ausführungen zu dem Thema:

„Als einziges deutschsprechendes Mitglied in dieser Versammlung halte ich es für meine Pflicht, zu der uns übersandten Resolution der Handelskammer von St. Catharines, Ont., einige Worte der Rechtfertigung und Erklärung zu sagen. Zuerst möchte ich erwähnen, daß ich die Ehre und das Vergnügen hatte, Herrn Dr. Sperber, den Geschäftsführer des Reichsverbandes deutscher Auswanderer, E. V., Hamburg, der zusammen mit Herrn Wilhelm Mager, Direktor des Hamburger Reisebureaus, eine Informationsreise durch Canada und die Ver. Staaten unternimmt, persönlich kennen zu lernen, und daß mir genannter Herr die Zwecke und Ziele seiner Organisation sowie auch seiner Reise klar vor Augen führte. Der Verband zählt ungefähr 3000 Mitglieder, die die Absicht haben, aus Deutschland auszuwandern, um sich irgendwo anders eine neue Heimat zu gründen. Dies sagt natürlich nicht, daß alle diese Leute nach Canada auswandern. Nein, viele haben die Absicht, nach Argentinien, Brasilien, Peru, Mexiko und anderen südamerikanischen Staaten zu gehen, andere wieder haben als ihr Reiseziel die Vereinigten Staaten, und ein kleiner Teil hat die Absicht, sich in Canada niederzulassen. Wenn ich mir nun die Resolution der Handelskammer von St. Catharines, Ontario, betrachte, so kann ich nicht umhin, festzustellen, daß dieses Schreiben von Leuten aufgesetzt ist, welche die Verhältnisse in unserem Westen nicht kennen und muß man darum die Unwissenheit dieser Herren entschuldigen. Ich bin sicher, meine Herren, Sie alle stimmen mit mir darin überein, daß wir im Westen Canadas Einwanderer gebrauchen und zwar soviel wie wir nur bekommen können. Wenn die Verhältnisse im Westen gesunden sollen, brauchen wir Leute, welche sich nicht scheuen, harte Arbeit zu tun und welche Lust und Liebe zur Farmerei besitzen. Welches sind nun unsere besten Farmer und Arbeiter? Nun meine Herren, wenn Sie gerecht sein wollen, müssen Sie mir zugeben, daß Einwanderer und Bürger deutscher Abkunft die besten Farmer, nicht nur in unserer Provinz, sondern über den ganzen Westen geliefert haben. Gehen Sie in die deutschsprechenden Distrikte in unserer Provinz und was finden Sie? Erstklassiges Vieh, gute Pferde, schöne moderne Wohnungen und Ställe, herrliche Gärten und blühende Felder. Wahrlich ein Zeichen harter Arbeit und eisernen Fleißes. Fragen wir nun den Geschäftsmann in Stadt und Land, wer am meisten braucht und wer am besten bezahlt, dann wird er uns sagen, der deutschsprechende Farmer ist mit wenigen Ausnahmen ein guter und ehrlicher Zahler. Sie müssen nun nicht denken, daß ich meinen Landsleuten ein Loblied singen will, nein, das liegt mir ferne, aber eins möchte ich tun, und das ist, ich möchte an den Gerechtigkeitssinn meiner englischsprechenden Mitbürger appellieren. Wir Bürger deutscher Abkunft wollen keine Privilegien, aber wir wollen und verlangen absolute Gleichberechtigung mit den Bürgern anderer Länder. Solange unsere Landsleute, welche sich entschließen, nach hier zu kommen, gesund sind, arbeiten wollen und den Gesetzen des Landes gehorchen, ist kein Grund vorhanden, dieselben von der Einwanderung auszuschließen oder ihnen Schwierigkeiten zu machen. Zum Schluß möchte ich Sie an die Worte Premier Dunnings erinnern, der auf einem Bankett des Canadian Clubs zu Ehren des Honorable Charles Stewart, damaligen Minister of Immigration, folgende Worte gebrauchte: Sagen Sie der Regierung in Ottawa, Saskatchewan will Einwanderer, die körperlich gesund sind und arbeiten wollen, ganz gleich, von wo sie kommen, aber Saskatchewan will keine Idioten, Schwindsuchtskandidaten oder Leute, welche die Arbeit scheuen. Ich denke, wir alle stimmen vollständig mit Herrn Dunning überein. Darum lassen wir alle Einwanderer kommen zum Besten für unsere Provinz, für den Westen Canadas und für unsere geliebte Dominion Canada."

Chas. A. Cooke, der Sekretär, wies darauf hin, daß die Dominionregierung im April 1922 die Kriegsmaßnahme, die die Einwanderung von Deutschen, Oesterreichern, Bulgaren und Türken verbot, aufgehoben hat.

Ein Mitglied sprach seine Verwunderung darüber aus, daß eine kleine Handelskammer in Ontario die Bundesregierung zu überreiten suchte.

W. L. Wallace sagte, es sei wahrscheinlich, daß die Handelskammer von St. Catharines unter dem falschen Eindruck stehe, die Bundesregierung mache besondere Anstrengungen, eine große Masse von Deutschen unter Ausschluß anderer Staatsangehörigen ins Land zu bringen.

Eine einmütig angenommene Resolution mißbilligte die Erklärung der Handelskammer von St. Catharines.

Auch der Sekretär der Handelskammer von Saskatoon, C. T. Stacey, hat das Vorgehen von St. Catharines, Ont., scharf kritisiert. Er sagte, die deutschen Ansiedler im Westen seien als Farmer und Bürger von großem Wert für das Land. Es sei nicht Aufgabe der Handelskammern, sich in die Einwanderung einzumischen. Dafür seien private und Regierungsorganisationen vorhanden.

* * *

Man sieht doch, daß Vernunft und guter Wille bei den englisch-sprechenden Bürgern im Westen weit mehr daheim sind als in dem Gebiete des Herrn Ferguson in Ontario. An dieser erfreulichen Tatsache, die wir dankbar anerkennen, kann auch die Mißbilligung nichts ändern, die die Organisation der Great War Veterans von Regina über die Einwanderung von Deutschen ausgesprochen hat. Es ist überflüssig, darüber ein weiteres Wort zu verlieren.

Von Quebec bis Vancouver

Die Farmerpartei von Manitoba kracht in allen Fugen. — Eröffnung der Provinzlegislatur von Manitoba. — Günstige Finanzlage Quebecs. — Zusammentritt des Alberta-Hauses. — Britisch Columbien gegen Erhöhung der Expreßraten.

Die United Farmers of Manitoba hielten in Winnipeg ihre Jahresversammlung ab, wobei die Tatsache enthüllt wurde, daß von den 16,000 Mitgliedern vor Jahresfrist nur noch 5881 Getreue übriggeblieben sind. Mit anderen Worten: ein Mitgliederverlust von mehr als 10,000. Von den 464 Lokalorganisationen im Jahre 1922 sind 199 aufgelöst und geben keine Lebenszeichen mehr von sich. Es mögen wohl die üblen Verhältnisse des Farmerstandes zu diesem ungeheuerlichen Rückgang etwas beigetragen haben, aber wo eine solche Schwindsucht um sich gegriffen hat, liegen noch andere Krankheitsursachen vor, die vor allem in der Enttäuschung der Farmer zu suchen sind. Die Versammlung in Winnipeg ließ sich aber davon nicht beirren, sondern suchte der Außenwelt durch umso lauter erhobene Forderungen und Beschlüsse wohl glauben zu machen, sie sei die berufene Vertretung der Farmer von Manitoba. U. a. wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Versammlung billigt einen freiwilligen Contract-Pool für Manitoba auf der allgemeinen Basis von Alberta, erwartet die Bildung einer interprovinzialen Verkaufsagentur und empfiehlt dem Ausschuß sofortige Vollendung der Organisation." Der Wheat Pool soll unternommen werden, wenn 40 Prozent der Anbaufläche gezeichnet ist. Die Verträge laufen auf 5 Jahre und Vertragsstrafen sind vorgesehen. Die Zeichnungen für den Pool sollen am 1. April beendigt sein. Ferner soll versucht werden, die drei westlichen Provinzen zu einer gemeinsamen Vertragsform zu bringen. Cecil Rice-Jones, der Generaldirektor der United Grain Growers Ltd., sagte der Versammlung, daß die Gesellschaft durch ihren Cattle Pool 28 Prozent des in Westcanada vermarkteten Viehes handle. Colin H. Burnell, der neugewählte Präsident der United Farmers of Manitoba klagte in einer Rede über die Ungerechtigkeit gegenüber dem Westen und verlangte Ermäßigung der Tarife und Fertigstellung der Hudson Bay Bahn. Er kündigte eine Katastrophe an, wenn nicht bald wirksam eingegriffen werde. Die weiteren Entschließungen, die angenommen wurden, bewegten sich auf der Linie der Rede Burnells und betrafen die volle Entschädigung der Home Bank-Depositoren, absoluten Freihandel, Senatsreform usw.

Die Legislatur von Manitoba

wurde durch Sir James Aikins, den Leutnant-Governor, formell eröffnet. Die Thronrede sieht Wahlreformen, Verbesserungen des Erziehungssystems der Provinz und sparsamen Haushalt vor. Besonderer Nachdruck wird auf die Erhaltung der Schulen gelegt. Jedes Kind in Manitoba soll Elementarunterricht bekommen. Hinsichtlich der Wahlreform ist an die Einführung der Alternativ-Vote in allen Wahlkreisen außerhalb der Stadt Winnipeg gedacht und zwar bei jeder Wahl, bei welcher mehr als zwei Kandidaten um den Sitz kämpfen. Ferner soll ein Gesetz durchgebracht werden, das die Erweiterung der Rechtsprechung der County Courts zum Ziele hat. Von der Dominionregierung wird die sofortige Fertigstellung der Hudson Bay-Bahn verlangt, die von dringender und hervorragender Bedeutung für Westcanada und die ganze Dominion sei.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Englische Arbeiterregierung und Dominions

Eine freie Vereinigung von freien Völkern.

London, 14. Jan. — Oberst Jos. Wedgewood, der im Falle einer englischen Arbeiterregierung als Sekretär für Indien genannt wird, hat in einer Rede erklärt, die Arbeiterpartei würde es begrüßen, wenn die sich selbst verwaltenden Dominions noch weitere Aufgaben in der inneren und äußeren Politik des britischen Reiches übernehmen würden. Die Labor Party betrachte die Auswanderung als einen schätzenswerten Ausweg für das englische Volk. Sie widerspräche aber der Auffassung, als ob die Auswanderung das Problem der Arbeitslosigkeit löse. Sie wolle nicht, daß durch die Auswanderung den Pflanzern und Fabrikanten in den Kolonien billige Arbeitskräfte geliefert würden. Indien würde der Prüfstein einer Arbeiterregierung sein. Die Arbeiterpartei hoffe, die Schwierigkeiten durch schnellere Umwandlung Indiens in eine sich selbst verwaltende Dominion überwinden zu können. Dies hänge nicht nur von Angelegenheiten der Finanzen, der Verteidigung und der inneren Ordnung ab, sondern auch davon, die indischen Nationalisten zu der Ueberzeugung zu bringen, daß sie der Arbeiterregierung auf halbem Wege entgegenkommen müssen. Die Selbstverwaltung müsse in den einzelnen Kolonien solange beschränkt werden, bis die betreffende Bevölkerung reif zur Selbstverwaltung sei. Die Frage der Entwicklung von Handel und Industrie in jenen Ländern müsse durch Erfahrung und Verständnis geleitet werden. Das Ziel der Arbeiterpartei sei eine britische Gemeinschaft von Menschen verschiedener Farben, eine freie Vereinigung von freien Völkern.

Einstweilen gehen die Intriguen gegen die Labor Party weiter. Es gibt immer noch konservative Kreise, die die Hoffnung auf eine Koalition mit den Liberalen noch nicht aufgegeben haben, weil sie um jeden Preis eine Blutauffrischung des alten Regierungsorganismus durch die jugendfrische Arbeiterpartei verhindern möchten. Dieser selbst würden wohl aus ihren eigenen Reihen die ernstesten Schwierigkeiten entstehen, wenn zu der allgemeinen industriellen Krisis ein Eisenbahner- oder ein Bergarbeiterstreik, die beide im Bereich der Möglichkeit liegen, kommen würde.

Das Sorgenkind Reparationsfrage

Untersuchung der deutschen Leistungsfähigkeit

Berlin, 14. Jan. — Die von der Gutmachungs-Kommission ernannten Experten, einschließlich der Amerikaner Chas. G. Dawes und Owen Young, nehmen heute die Untersuchung des Gutmachungs-Problems in Angriff.

Der Experten-Ausschuß, dem die Prüfung der deutschen Finanzen im allgemeinen obliegt, tritt an diesem Tage zusammen, während der zweite Ausschuß, der sich mit der Kapitalsflucht aus Deutschland zu befassen hat, seine Sitzungen eine Woche später eröffnen wird.

Die Antwort Frankreichs und Belgiens auf Deutschlands Note, in der um neue Unterhandlungen bezüglich der aus der Besatzung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes erwachsenen Fragen nachgesucht wird, versichert, daß die Modifizierung des Regimes im besetzten Gebiete und die Ausnutzung des beschlagnahmten Eigentums ganz von der Erfüllung der Wiedergutmachungsklauseln seitens Deutschlands abhängen.

Letzte Nachrichten

Eröffnung des canadischen Parlaments

Ottawa, 15. Jan. — Premier King hat die Einberufung des Parlamentes auf 28. Februar angekündigt.

Deutsche Produktivität notwendig

Paris, 15. Jan. — Charles Dawes, der Vorsitzende des Comitees zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Wiederherstellung der deutschen Produktivität der Ausgangspunkt für Europas Gedeihen ist. Als erster Schritt dazu sei die Stabilisierung der deutschen Währung notwendig. Dann erst sei an eine Bilanzierung des Budgets zu denken. Sehr scharf wandte sich Dawes gegen die „nationalistischen Demagogen", die das politische Leben Europas vergiften.

König und Königin von Griechenland erleiden Autounfall

London, 14. Jan. — Der König Georg und die Königin Elisabeth von Griechenland hatten einen Unfall mit ihrem Automobile in der Nähe von Czernovitz in Rumänien, wie eine Nachricht an die „Daily News" meldet. Als ihr Kraftwagen mit einem andern zusammenstieß, erlitt die Königin gefährliche Verletzungen, während der König unverletzt blieb. Man nimmt an, daß eine Verschwörung gegen den König angezettelt worden war.

Neues Erdbeben in Japan

Osaka, 15. Jan. — Ein schwerer Erdstoß wurde heute morgen verspürt. Der Erdbebenherd ist in der Gegend von Tokio. Die Telephon- und Telegraphenverbindung dorthin Stadt zu vertreiben.

Stadt von Rebellen erobert und wieder aufgegeben

Mexico City, 15. Jan. — Die Streitmacht der Rebellen hat die Stadt Pachuca, 55 Meilen nordöstlich von der Stadt Mexiko eingenommen. 2,000 Mann sind von der Stadt Mexiko entsandt worden, die Rebellen anzugreifen. Diesen gelang es, die feindliche Streitmacht aus der Stadt zu vertreiben.

Ein britischer Kreuzer ist in Puerta angekommen, um die britischen Interessen zu schützen. — Die Offensive der Bundestruppen hat begonnen. — Die Rebellen haben den Hafen von Tampico blockiert.

Conferenz mit Coolidge

Washington, 15. Jan. — Die Zustände in Deutschland wurden im Weißen Hause von Präsident Coolidge, dem deutschen Gesandten in den Ver. Staaten Dr. Otto Wiedfeldt und dem früheren deutschen Finanzminister Dr. Andreas Hermes besprochen. Dr. Wiedfeldt sprach im Weißen Hause vor, um Dr. Hermes dem Präsidenten vorzustellen. Die Konferenz mit Präsident Coolidge dauerte 15 Minuten.